



Investitionen in Hunger

Aktiv gemanagtes Agrarland – eine zweifelhafte Kapitalanlage für institutionelle Anleger

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wird wieder vermehrt in reale Werte investiert. Damit ist auch das Interesse der Geldwirtschaft an Investitionen in die Landwirtschaft und in produktive Ressourcen wie Land und Wasser stark angestiegen. Riesige Beträge fließen in Fonds und Finanzprodukte, die entweder dem direkten Erwerb von Land dienen oder auf eine Beteiligung an Unternehmen zielen, die in Agrarland investieren. Aus Sicht des Menschenrechts auf Nahrung ist diese Entwicklung kritisch zu bewerten, da hiermit zahlreiche menschenrechtlich Probleme wie Landkonzentration, Landgrabbing oder ein Anstieg der Preise für Land verbunden sind. Intransparenz und Verschwiegenheit auf Seiten der relevanten Akteure stehen dem Schutz und der Verwirklichung der Menschenrechte im Weg.

Agrarinvestitionen und Intransparenz – keine gute Mischung für Menschenrechte

Bereits 2010 hat FIAN auf die Besorgnis erregende Entwicklung hingewiesen, dass sich der Agrarbereich zum begehrten Investitionsobjekt des Finanzsektors entwickelt.¹ Eine zentrale Rolle spielen hierbei institutionelle Anleger, wie spezialisierte Investmentfonds, Hedgefonds und Pensionskassen. Schätzungen gehen davon aus, dass das Investitionsvolumen institutioneller Anleger in den Agrarsektor weltweit mittlerweile zwischen 30 und 40 Mrd. US-Dollar liegen dürfte.²

Der Grund für diese Entwicklungen ist, dass die Rahmenbedingungen für Agrarinvestitionen als sehr Gewinn versprechend gelten: Aufgrund des Anstiegs der Weltbevölkerung und veränderter Essgewohnheiten wird generell von einer steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Viehfutter ausgegangen (tatsächlich steigt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln aber vor allem in den Industrieländern, in denen die Bevölkerung nicht wächst.) Hinzu kommt der Anbau von Agrartreibstoffen und zukünftige alternative Nutzungsformen von Agrarrohstoffen im Rahmen der Bioökonomie, wie sich z.B. an den durch deutsche Supermärkte vertriebenen Tüten aus Zuckerrohr aus Brasilien zeigt.

Betont werden muss allerdings, dass das Finanzmodell Agrarinvestitionen nur zum Teil auf der Annahme beruht, dass die Preise für Agrarrohstoffe weiter steigen werden. Vielmehr geht es bei den Investitionen in „aktiv gemanagtes Agrarland“ vor allem darum, die Produktivität, also die Produktionsmenge pro Hektar, zu steigern und auf diese Weise die Rendite zu erhöhen.

Die Gefahren des gesteigerten Interesses des Finanzsektors

Eine rein wirtschaftliche Betrachtung dieser Entwicklungen mag den Eindruck erwecken, dass diese neue Welle an Agrarinvestitionen zu

begrüßen sei, da die Entwicklung der Landwirtschaft auf diese Weise mit benötigtem Kapital versorgt wird. Nicht wenige Investoren rechtfertigen damit ihre Aktivitäten. Bei genauerer Betrachtung allerdings wird schnell klar, dass diese Argumentation aus Sicht des Rechts auf Nahrung aus zahlreichen Gründen problematisch ist.

- Erstens muss grundsätzlich bezweifelt werden, ob das gestiegene Interesse von Finanzakteuren von großem Nutzen für die Ernährungssicherheit von Bevölkerungen ist, die von Hunger betroffen sind. **Profit – und nicht Hungerbekämpfung – steht klar im Vordergrund.** So liegt der Fokus von Investitionen beispielsweise in erster Linie auf den profitabelsten Absatzmärkten, wozu vor allem die Mittelschicht in Schwellenländern wie China gehört.
- Zudem gilt zu berücksichtigen, dass mit steigenden Agrarinvestitionen auch die **Landkonzentration** zunimmt, da nur große Landflächen interessant für Investoren sind.
- Damit verbunden sind Landkonflikte mit der örtlichen Bevölkerung bis hin zu **Landgrabbing** durch die Investoren.
- Durch die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion werden **häufig Arbeitsplätze vernichtet**, denn in vielen Zielländern leben bis zu 80 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft.
- Weiterhin führt das gesteigerte Interesse an Ackerland langfristig zu einem **Anstieg der Preise für Land**, was es immer weniger Kleinbauernfamilien ermöglicht, Land zu pachten oder zu kaufen.

Vor dem Hintergrund dieser Gefahren hat sich FIAN im Rahmen des Jahresthemas 2014 **Stopp Landgrabbing für Rendite** auf die Aktivitäten institutioneller Anleger in Nordrhein-Westfalen konzentriert und diese genauer unter die Lupe genommen. Zu den institutionellen Anlegern, um die es hierbei geht, gehören insbesondere öffentliche und berufliche Versorgungswerke³ als auch Institutionen, die der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zuzuordnen sind. Eine wesentliche Herausforderung stellen Intransparenz und Schweigsamkeit der Finanzakteure dar. Dennoch ist es gelungen, zumindest etwas Licht ins Dunkel dieser Aktivitäten zu bringen, wie die folgenden Fälle erkennen lassen.

1 FIAN (2010), Agrarfonds schüren globalen Landraub, ebenfalls FIAN (2010) German Investment Funds involved in Land Grabbing.

2 Fairbairn, Madeleine (2014), „Like gold with yield“: evolving intersections between farmland and finance, The Journal of Peasant Studies, S. 2.

3 Unter anderem Angehörige der verkammerten Freien Berufe, BeamtInnen, RichterInnen.

Die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe und der Pensions-Gigant TIAA-CREF

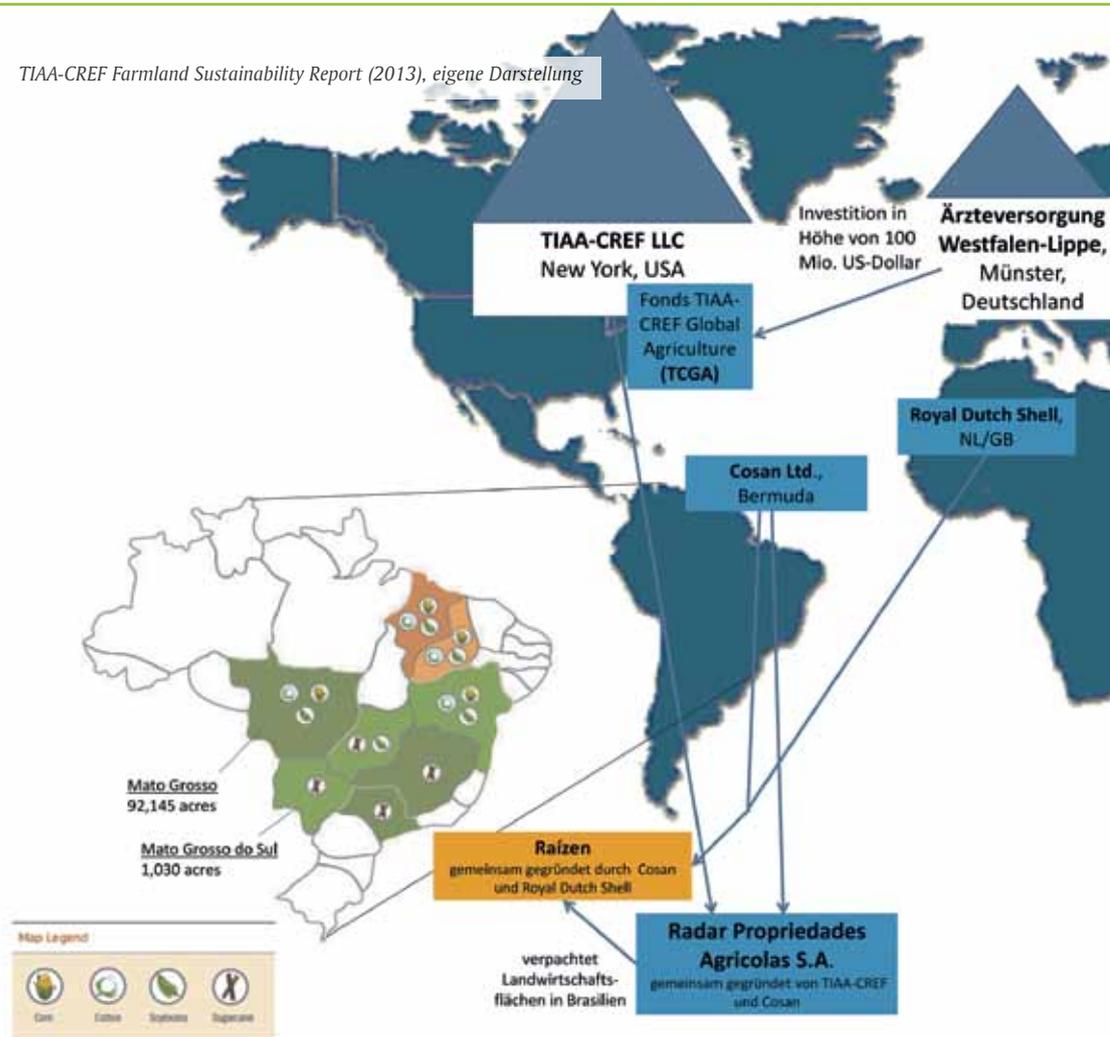
Ende 2011 hat die *Ärzteversorgung Westfalen-Lippe* eine Investition in Höhe von 100 Millionen US-Dollar in den Fonds *TIAA-CREF Global Agriculture* (TCGA) getätigt. Dieser wurde vom *Teachers Insurance and Annuity Association-College Retirement Equities Fund* (TIAA-CREF) aufgelegt. Das von TIAA-CREF verwaltete Vermögen beläuft sich auf 569 Mrd. US-Dollar.⁴ TIAA-CREF zählt damit zu den größten institutionellen Anlegern der Welt. Seit 2007 investiert das Unternehmen über den Fonds TCGA in Agrarland in den USA, Südamerika, Osteuropa und Australien. Eigenen Berichten zufolge handelt es sich dabei mittlerweile um 5 Mrd. US-Dollar. Jüngst wurde bekannt, dass das Unternehmen einen weiteren Agrarfonds in Höhe von 1,4 Mrd. US-Dollar auflegen will.⁵ Das Investment der *Ärzteversorgung Westfalen-Lippe* in den Fonds TCGA hat eigenen Angaben zufolge keine feste Laufzeit. Ein Zeitraum von drei bis fünf Jahren sei bisher vorgesehen, um Erfahrungen mit TCGA zu sammeln.⁶

TIAA-CREF betont, bei seinen Investitionen soziale und ökologische Aspekte zu berücksichtigen.⁷ Darüber hinaus unterstreicht das Unternehmen immer wieder seine Bereitschaft zu Transparenz und verweist darauf, dass es zu den Unterzeichnern der *Prinzipien für verantwortliches Investieren der Vereinten Nationen* gehört.

Fragewürdige Aktivitäten von TCGA in Brasilien

Insbesondere die Aktivitäten des Fonds TCGA in Brasilien, die mehr als 40 Prozent der Flächen der Agrarinvestitionen des Fonds ausmachen⁸, werfen Fragen auf, angefangen bei dem verworrenen, undurchsichtigen Firmengeflecht, über das die Investitionen laufen (siehe Schaubild). Die Verpachtung erworbener Grundstücke in Brasilien lässt TIAA-CREF über die Firma *Radar Propriedades Agricolas S.A.* abwickeln, welche sie gemeinsam mit dem Unternehmen *Cosan LTD*, dem größten Zucker-Produzenten in Brasilien, ins Leben gerufen hat. *Cosan* wiederum hat

TIAA-CREF Farmland Sustainability Report (2013), eigene Darstellung



4 TIAA-CREF (2014) Responsible Investment Report, <http://bit.ly/tiaa-cref-report>
 5 AltAssets (18.08.2014), TIAA-CREF secures 1.4bn for second farmland vehicle, <http://bit.ly/altassets-tiaa-cref>
 6 Diese Angaben gehen auf eine E-Mail-Korrespondenz zwischen FIAN und der Ärzteversorgung zurück.
 7 Siehe z.B. TIAA-CREF Farmland Responsibility Report (2013), S. 2.
 8 TIAA-CREF Farmland Responsibility Report (2013), S. 7.

Freiwillige Verpflichtungen zum Menschenrechtsschutz – mehr Schein als Sein?

Mit den *sechs Prinzipien für verantwortliches Investieren der Vereinten Nationen* (UN-PRI), die 2005 durch den ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan auf den Weg gebracht wurden, verpflichten sich Unternehmen dazu, ökologische und soziale Standards bei ihren Aktivitäten zu berücksichtigen und – seit 2014 – über diese Bericht zu erstatten.⁹

Der tatsächliche Nutzen der UN-PRI und anderer freiwilliger Mechanismen ist fraglich, da diese sehr schwach ausgestaltet sind.¹⁰ Zentrale menschenrechtlich bedeutsame Aspekte wie die Haftbarkeit der Akteure, die Transparenz von Verträgen sowie Beschwerdemechanismen und die freie, informierte und vorausgehende Zustimmung von betroffenen Menschen spielen keine Rolle. Zudem drohen den Unternehmen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, kaum Sanktionen. Immerhin sehen die UN-PRI den Ausschluss von Unterzeichnern vor, die gegen die Prinzipien und die damit verbundenen Pflichten verstoßen. Allerdings ist auch an den UN-PRI zu bemängeln, dass die vorausgehende Information und freie Zustimmung von Gemeinden, die durch Investitionen betroffen sind, keine Rolle spielt.

9 Die Prinzipien und weitere Informationen zu diesen finden sich hier: <http://bit.ly/unpri>
 10 Friends of the Earth (2014), What's your pension funding?

gemeinsam mit dem britisch-niederländischen Unternehmen *Royal Dutch Shell* das Unternehmen *Raízen* gegründet, an welches TIAA-CREF über *Radar Land* in Brasilien verpachtet.

Zunächst einmal ist Vorsicht geboten, große Agrarinvestitionen in Brasilien als nachhaltigen Beitrag zur Welternährung zu betrachten. Denn Zuckerrohr und Sojabohnen, die vor allem als Viehfutter Verwendung finden, stellen den größten Teil der angebauten Pflanzen dar. Im konkreten Falle von TIAA-CREF sind die Angaben hierzu leider intransparent: Im *Farmland Responsibility Report* von 2013 wird angegeben, dass auf 22,5 Prozent der Agrarflächen Zuckerrohr angebaut wird. Der bei Weitem größte Anteil entfällt mit 73 Prozent auf die sehr vage gehaltene Kategorie „Grains/Oilseeds“. Hierunter dürfte Soja aber wohl einen maßgeblichen Anteil ausmachen.¹¹

Auch die beiden Unternehmen *Cosan* und *Raízen*, die mit TIAA-CREF in Verbindung stehen, haben in diesem Zusammenhang bereits Kritik auf sich gezogen.¹² *Cosan* beispielsweise stand 2010 auf der schwarzen Liste der brasilianischen Regierung, da bei einem seiner Zulieferer Zwangsarbeit festgestellt wurde. *Raízen* musste sich erst 2013 für den Tod eines Arbeiters am Arbeitsplatz vor Gericht verantworten und wurde zu einer Zahlung von umgerechnet 3,2 Mio. Euro verurteilt.¹³ Ein Zulieferer von *Raízen* war zudem in Landkonflikte mit der Indigenen-Gemeinde der *Guarani* im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul verwickelt. Dieser Bundesstaat ist bekannt für seine lange Geschichte der Landkonflikte und Marginalisierung von Indigenen.¹⁴ Aufgrund des öffentlichen Drucks hat *Raízen* den Kauf von Zuckerrohr von diesem Partner eingestellt. Undurchsichtig ist abschließend auch, wo genau in Brasilien TIAA-CREF in Land investiert hat. Fragen dazu hat TIAA-CREF nicht beantwortet. Mit Blick auf die Investitionen der *Ärzteversorgung Westfalen-Lippe* in den Fonds TCGA erscheint es folglich aus mehreren Gründen fraglich, ob diese menschenrechtlich unbedenklich ist.

Die Intransparenz und Verschwiegenheit, auf die man bei Recherchen zu den Aktivitäten von TIAA-CREF und der *Ärzteversorgung* trifft, sind keine Ausnahmen. FIAN hat zahlreiche Versorgungswerke um Auskünfte gebeten. Die Ergebnisse sind allerdings ernüchternd. Entweder wurde die Auskunft verweigert oder man gab an, nicht in Agrarland zu investieren. Bleibt nur zu hoffen, dass dies stimmt.

Öffentliche deutsche Anleger in Sambia

Auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit in Gestalt der *Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft* (DEG) sowie des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) spielt im Zusammenhang mit Agrarinvestitionen eine nicht zu unterschätzende und keineswegs unproblematische Rolle.

Seit Mitte der 1990er Jahre sind – begünstigt durch politische Weichenstellungen – riesige Landflächen in Sambia an kommerzielle Großbetriebe transferiert worden.¹⁵ Standen zu Beginn der 2.000er Jahre noch 94 Prozent des Landes unter traditioneller Verwaltung, sind es heute nur noch rund 60 Prozent. Zugleich stellt die Landwirtschaft aber die Existenzgrundlage für 85 Prozent der Bevölkerung dar. Die ärmsten 25 Prozent aller sambischen Haushalte besitzen durchschnittlich nur 0,6 Hektar Land. Statt den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit auf diese arme Gruppe zu legen, besteht die dominierende Strategie gegenwärtig darin, die Ausweitung des Agribusiness voranzutreiben. Durch die Aktivitäten von Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden diese Entwicklungen befeuert.

Investitionen der DEG in den sambischen Konzern Zambeef

Anfang 2013 stieß FIAN im Zuge einer Recherche auf eine Großinvestition der DEG in einen der größten Agrar- und Ernährungskonzerne des südlichen Afrikas, *Zambeef* aus Sambia. Das Unternehmen ist maßgeblich durch Gelder der DEG (15,2 Mio. Euro) und der *International Finance Corporation* (28,7 Mio. Euro), einer Organisation der Weltbankgruppe, finanziert. Dieser Konzern hat in wenigen Jahren über 100.000 Hektar Land in Sambia aufgekauft. Darunter auch *Mpongwe Farms*, eine 46.000 Hektar große Mega-Farm in einer der fruchtbarsten Gegenden Sambias. Bei mindestens drei der fünf Agrarflächen, auf denen *Zambeef* hauptsächlich tätig ist, wurde von Landkonflikten berichtet. Insbesondere jene Mega-Farm *Mpongwe-Estate* ist bereits seit 2003 Schauplatz eines Landkonflikts mit den ansässigen DorfbewohnerInnen.

Im Februar 2014 führte FIAN Deutschland gemeinsam mit FIAN Sambia eine Recherchereise durch, um diese und andere europäische Investitionen vor Ort in Augenschein zu nehmen. Ein Treffen mit der DEG im Juni 2014 brachte keine Fortschritte bei der Klärung menschenrechtlicher Probleme. Angesprochen auf konkrete Landkonflikte, blockte die DEG jeglichen Informationsaustausch über ihre Investitionen mit Verweis auf Vertragsbestimmungen ab. So wurde auch die Anfrage bezüglich weiterer Finanzierungen von *Zambeef* durch die DEG mit Schweigen quittiert. Weitere Recherchen ergaben jedoch, dass die DEG im letzten Jahr *Zambeef* mit einem zweiten Kredit von zehn Millionen US-Dollar finanzierte. Damit soll die Expansion von Ölpalmlantagen finanziert werden. Aus der Gegend dieser Plantagen liegen FIAN mehrere Berichte über Landkonflikte vor. Eine genaue Zuordnung dieser Konflikte ist wegen der Intransparenz der DEG nicht möglich.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und der Investmentfonds AATIF

Ein zweiter Fall betrifft den *African Agricultural Trade and Investment Fund* (AATIF), der gemeinsam von BMZ, KfW und der *Deutschen Bank* gegründet wurde. Im August 2011 investierte der Fonds über die Investmentfirma *Chayton Africa* zehn Millionen US-Dollar in das Unternehmen *Chobe-Agrivision*. *Chayton* beabsichtigt, in Sambia und Nachbarländern

11 TIAA-CREF Farmland Responsibility Report (2013), S. 7. Auch das Swedish FAO Committee (2014) weist darauf hin, vgl. S. 73.

12 Einen Überblick über die Verwicklungen bietet: <http://bit.ly/amnesty-land-grabbing-brasilien>

13 Brasil Economico (21.08.2013), *Raízen é processada em R\$ 10 milhões por morte de trabalhador*, <http://bit.ly/brasileconomico-raizen>

14 Swedish FAO Committee (2014), *Responsible agricultural investments in developing countries*, S. 71f.

15 Für eine ausführliche Studie zu Sambia siehe FIAN (2013), *Agribusiness-Expansion, Land Grabbing und die Rolle europäischer privater und öffentlicher Gelder in Sambia*. Die folgenden Angaben beziehen sich auf diese Studie.

wie Botswana 100.000 Hektar Land zu erwerben. Bis heute hat *Chayton* sieben Farmen in Sambia mit insgesamt 16.916 Hektar erworben. Die Folgen dieser massiven Investitionen sind wiederum bedenklich. Statt versprochener Arbeitsplätze kommt es, wie im Falle der Aktivitäten *Chaytons*, letztlich zu einem Abbau von Arbeitsplätzen. In der Gemeinde Mukshi berichteten lokale Behörden von einer Vielzahl von Arbeitsrechtsbeschwerden im Jahr 2013 seitens der ArbeiterInnen auf den *Chayton*-Farmen. In *Somawhe Estates* wird zudem von Landkonflikten berichtet. Dies zeigt wiederum: Von Vorteil sind die gewaltigen Agrarinvestitionen in Sambia in erster Linie für die Investoren.

Im September 2014 traf sich FIAN mit dem BMZ und der KfW bezüglich der Investition des AATIF in Sambia. FIAN informierte über die Ergebnisse der Recherche, insbesondere über die Situation einer Dorfgemeinschaft, welche möglicherweise von unfreiwilliger Umsiedlung betroffen ist, obwohl die Sozial- und Umwelt-Leitlinien von AATIF solche ausschließen. Hinzu kommen Berichte über arbeitsrechtliche Konflikte vor Ort. In dem Gespräch sagten KfW und BMZ zu, diesen Vorwürfen nachzugehen.



Paraguay: DEG beteiligt sich an riesigen Farmen

Paraguay ist eines der Länder mit der weltweit höchsten Landkonzentration: 2,6 Prozent der Bevölkerung kontrollieren 85,5 Prozent des Landes, während 91,4 Prozent der Bevölkerung nur sechs Prozent des Landes zur Verfügung stehen. Den neuesten Hungerzahlen der FAO zufolge leiden zudem noch immer elf Prozent der Menschen in Paraguay an chronischer Unterernährung.¹⁶ Diese Situation hat in den vergangenen Jahren immer wieder zu massiven Landkonflikten und Menschenrechtsverletzungen insbesondere gegen marginalisierte ländliche Gruppen geführt.¹⁷

Ein bedeutender Akteur ist *Paraguay Agricultural Corporation (PAYCO)*. 2013 erwarb die DEG durch eine Beteiligung von 25 Mio. Euro 15,8 Prozent der Anteile. Die restlichen 84,2 Prozent hält die in Luxemburg ansässige Investmentfirma *Rioforte*. PAYCO bewirtschaftet aktuell 135.000 Hektar und beschäftigt 250 Angestellte. Durch den Einstieg der DEG sollen PAYCOs Expansionspläne weiter unterstützt werden. Auf zwei der größten Farmen sind Landkonflikte anhängig. Auf *Golondrina* fordern zwei Indigenengemeinden seit vielen Jahren ihr angestammtes Land zurück. Auf *Lomas* beanspruchen zwei Bauerngemeinden 1.000 Hektar Land, das ihnen laut präsidialem Dekret zusteht.

Fazit

80 Prozent der Hungernden leben als SelbstversorgerInnen in ländlichen Regionen. Investitionen institutioneller Anleger und staatlicher Entwicklungszusammenarbeit in aktiv gemanagtes Agrarland im Globalen Süden sind keine angemessenen Mittel zur Hunger- und Armutsbekämpfung, da die Gefahr groß ist, dass sie Hunger verursachen oder verschärfen. Die vorherrschende Intransparenz dieser Anlagen verhindert zudem menschenrechtliche Analysen, die Zuordnung der Verantwortung und damit auch die Möglichkeit zur Wiedergutmachung. Die Bundesregierung muss hier aktiv werden und ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

¹⁶ FAO (2014), *The State of Food Insecurity in the World 2014*, S. 43.

¹⁷ FIAN (2014), *Das Massaker von Marina Kue (Curuguaty) – Landkonflikte und Verfolgung von BäuerInnen in Paraguay*.

FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Strasse 13
50969 Köln

www.fian.de
fian@fian.de
Tel.: 0221-7020072

Köln, November 2014
Autor: Marco Fatfat
Redaktion: Gertrud Falk, Roman Herre
Gestaltung: Uschi Strauß
Fotos: © FIAN oder siehe Bildunterschrift

Mit freundlicher Unterstützung durch:



FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen